



Adivasi-Rundbrief 83

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -
Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel
März 2023

Nr. 83/1: Adivasi-Menschenrechtsverteidigerin Hidme Markam nach 22 Monaten in Haft frei

Im Adivasi-Rundbrief vom Juni 2021 berichteten wir von der Inhaftierung Hidme Markams am 9. März 2021. Hidme Markam ist eine Adivasi-Aktivistin von der Gemeinschaft der Gond aus dem südlichen Chhattisgarh. Seitens der Regierung war sie als Naxalitin (Terroristin) gebrandmarkt worden. Nach 22 Monaten Freiheitsberaubung konnte sie am 5. Januar 2023 das Gefängnis von Jagdalpur verlassen. Der juristische Kampf hatte sich gelohnt: Vier Anklagen gegen sie waren fallengelassen worden, die fünfte Anklage besteht weiterhin, die Freilassung geschah hier gegen Kautions. Hidme Markam engagierte sich bei einer Bewegung zur Freilassung inhaftierter Personen (Jail Bani Rihai Manch) – ähnlich wie sich der inzwischen verstorbene Jesuitenpater Stan Swamy für tausende Untersuchungshäftlinge in Jharkhands Gefängnissen eingesetzt hat (siehe Adivasi-Rundbrief 63). Hidme Markam ist Analphabetin. Durch ihre unerschrockene Art hat die Gond-Frau in den Dörfern ihrer Heimat das Vertrauen der Menschen gewonnen. Sie wurde kontaktiert, wenn Übergriffe von Seiten des Staates oder Naxaliten vorgefallen waren. Zu ihrer Freilassung mag der Druck, der auf nationaler und internationaler Ebene ausgeübt wurde, beigetragen haben.

<https://sabrangindia.in/article/adivasi-activist-hidme-markam-walks-out-jail-22-months-after-being-branded-terrorist>.

Videoaufnahme von der Verhaftung Hidme Markams am 9. März 2021 und Statement von Hidme Markam kurz vor ihrer Festnahme:

<https://www.youtube.com/watch?v=yfv4Ofb3y38>



Hidme Markam (links) zusammen mit Soni Sori, einer anderen bedeutenden Adivasi-Aktivistin (2021). Foto: Jacinta Kerketta

Nr. 83/2: Zur Situation in Hidme Markams Heimat: "Indiens Krieg in Bastar" - Interview mit Nandini Sundar

Die Hintergründe des Engagements von Hidme Markams (Nr. 83/1) liefert das folgende Interview mit Nandini Sundar, Soziologie-Professorin in Delhi. Nandini Sundar kennt die Situation im Süden Chhattisgarhs sehr gut. Im Jahr 2016 veröffentlichte sie mit "The Burning Forest. India's War in Bastar" (siehe Adivasi-Rundbrief 62) eine eindringliche Darstellung von Gewalt und Repression.

Weshalb gibt es in Urwäldern so viel Gewalt?

Das hat mehrere Ursachen – unter anderem die Nachfrage nach Land, Holz und diversen Ressourcen. Bergbaufirmen wollen Kohle, Erze und Mineralien abbauen. Mächtige Interessengruppen

pen sind involviert, aber die örtliche Bevölkerung der Wälder gilt als nicht sonderlich wichtig. Politiker*innen finden sie sogar oft weniger wichtig als Natur-Tourismus. Es geht immer um die Kontrolle des Waldes und die Ressourcen-ausbeutung.

Urwälder sind quasi definitionsgemäß abgelegene Gegenden, wo der Staat kaum präsent ist. Die örtliche Bevölkerung gehört nicht zu einflussreichen Netzwerken, spricht oft eigene Sprachen und hat eine besondere Kultur.

Ja, diese soziale Gemeinschaften sind benachteiligt. Sofern staatliche Akteur*innen überhaupt auftreten, ergreifen sie meist gegen diese Menschen Partei. In Indien haben die Beamt*innen der Forstbehörden Polizeikompetenzen. Sie können Menschen festnehmen und Heime durchsuchen. Sie sind aber der örtlichen Bevölkerung gegenüber nicht verantwortlich und wissen, bei Fehlverhalten droht ihnen praktisch nie Strafe. Es gibt von Land zu Land [Bundesstaat] Unterschiede, aber fast überall sind irreguläre Milizen und paramilitärische Organisationen im Spiel – und manchmal sogar Militärdienstleister wie DynCorp oder Blackwater, das nun Academi heißt.

Vor einem Jahrzehnt erklärte der damalige Premierminister Manmohan Singh, die Naxaliten – maoistische Rebellen – seien Indiens größtes Sicherheitsrisiko. Die Operation Green Hunt sollte den Aufstand beenden. War sie erfolgreich? Die Naxaliten machen kaum noch Schlagzeilen. Die Vermeidung von Schlagzeilen gehört zu den Methoden, welche die Sicherheitsorgane in diesem Konflikt nutzen. Sie wollen über Gewalt in abgelegenen Gebieten möglichst gar nicht sprechen, es sei denn, sie können irgendetwas als Erfolg präsentieren. Es gibt immer wieder Schießereien. Der Distrikt Bastar im Bundesstaat Chhattisgarh ist von dem Guerillakrieg am schlimmsten betroffen. Alle fünf Kilometer gibt es dort inzwischen ein Militärlager, aber die Dörfer haben eine gewisse Autonomie, und es gibt Untergrundaktivität. Die Lage bleibt angespannt, und die Operation Green Hunt läuft weiterhin.

Traditionell leben vor allem Adivasi-Völker in den Wäldern. Sie sprechen ihre eigenen Sprachen und sind historisch keine Hindus. Hilft Identitätspolitik den Naxaliten?

Ihre Präsenz in den Wäldern wurde nach der Jahrtausendwende zum großen Thema. Ich glaube, ihre maoistische Ideologie hat die Leute gar nicht sonderlich angesprochen. Sie spürten aber, dass ihre Lebensgrundlagen bedroht waren, und wollten Schutz vor dem Raubtier-Staat. Maoistische Anführer*innen haben Gondi, die wichtigste örtliche Adivasi-Sprache, gelernt, und die meisten Kader kommen heute aus der Gegend. Identitätspolitik spielt auf der Graswurzelebene vielleicht eine gewisse Rolle, aber das ist nicht das Thema des Aufstandes. Es geht auch nicht um Religion, obwohl die aktuelle Bundesregierung Hindu-Dominanz fordert. Die Glaubenssysteme der Adivasis kreisen allerdings um Natur-Ressourcen, also lässt sich jeder Ressourcenkonflikt auch als Angriff auf den Glauben lesen. Dennoch unterstützen viele Adivasis die Naxaliten nicht, während viele Mitglieder anderer marginalisierter Gruppen das tun. Grundsätzlich können die Naxaliten Adivasis und Dalits (die Angehörigen der niedrigsten Kasten, die in der Kolonialzeit „Unberührbare“ genannt wurden) am leichtesten erreichen. In gewissem Maße sind aber auch andere benachteiligte Gruppen ansprechbar. Davon gibt es in Indiens hierarchischer Gesellschaft viele.

Ist es wichtig, dass 2014 Narendra Modi Premierminister wurde?

Die Antwort ist ja und nein. Einerseits sind alle Parteien bei der Unterdrückung Komplizen. Die aggressive Aktivität der Naxaliten begann in den späten 1960ern. Sie wollen den gewaltsamen Umsturz, und sie mobilisieren unterdrückte Menschen. Darauf haben staatliche Institutionen mit zunehmender Repression reagiert, ohne ernsthafte Versuche, Frieden zu schaffen oder die Missstände zu beheben, aus denen Naxaliten Kraft schöpfen. Auch die großen kommunistischen Parteien hassen die Naxaliten seit jeher. Andererseits gehen die Hindu-Chauvinisten von Modis BJP mit den Minderheiten besonders hart um, auch wenn sie ein paar Adivasis und Dalits als Feigenblätter in ihren Reihen haben. Für die Gewalteskalation in Bastar war von 2005 an vor allem die

BJP verantwortlich. Sie stellte die Landesregierung und kooperierte mit brutalen Vigilantengruppen ["Bürgergruppen", die Selbstjustiz verüben, in Chattisgarh "salwa judum" genannt]. Die Bundesregierung unter Kongressführung unterstützten sie dann. Heute stellt der Kongress die Landesregierung und die BJP die Bundesregierung. Für Journalist*innen, Zivilgesellschaft und Aktivist*innen ist die Atmosphäre vor Ort etwas freundlicher geworden, aber gegen Adivasi-Dörfer wird weiter Krieg geführt. Andere Bundesstaaten sind vom Naxaliten-Aufstand auch betroffen, aber nirgends ist die Gewalt so sehr eskaliert wie in Bastar.

Sie zeichnen ein düsteres Szenario. Gibt es positive Lektionen, die international relevant sein könnten?

Ja – und zwar, dass nachhaltiges Waldmanagement möglich ist. Es gibt viele gute Erfahrungen damit, der örtlichen Bevölkerung Verantwortung zu übertragen. Sie versteht die Umwelt und weiß, natürliche Ressourcen ohne ökologischen Schaden zu nutzen. Wenn staatliche Akteur*innen ihre Konzepte aufgreifen und ihre Arbeit fördern, sind die Resultate sehr gut – und zwar ohne Blutvergießen oder Menschenrechtsverletzungen. Die Vorstellung, es gebe eine binäre Entscheidung zwischen Umweltschutz oder Entwicklung, ist falsch. Differenziertere Konzepte funktionieren besser. Leider glauben aber unsere Regierungen auf Landes- wie Bundesebene immer noch, sie müssten binär entscheiden. Besonders unheimlich ist, dass die Modi-Regierung nun in der Covid-19-Krise wieder Wirtschaftswachstum über alles stellt. Sie erlaubt Bergbau, ohne die Umweltverträglichkeit zu prüfen, und streicht Arbeiter*innenrechte. Einfachen Arbeitern ist es entsetzlich schlecht ergangen. Im Lockdown verloren Millionen von Binnenmigrant*innen auf einen Schlag Einkommen, Unterkunft und Nahrung. Viele sind zurück in ihre Dörfer gelaufen – manche über 1000 Kilometer weit. Modi steht auf der Seite der großen Unternehmen und der dominanten Kasten. Besonders jetzt, wo viele Migrant*innen heimgekehrt sind, bräuchten wir eigentlich neue und kreative Konzepte für ländliche Entwicklung. Unsere Bundesregierung denkt darüber aber gar nicht nach.

<https://www.dandc.eu/de/article/eine-soziologin-erlaeutert-weshalb-maoistischen-milizen-indiens-waeldern-fuss-gefasst-haben>
Print: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit 7/2020

Nr. 83/3: Adivasi-Frau Elina Horo: Stereotypen und Voreingenommenheiten gegenüber indigenen Frauen durchbrechen

Die NGO Asia Indigenous Peoples Pact (AIPP) mit Sitz in Chiang Mai, Thailand veröffentlichte letztes Jahr die sechste Publikation einer mit "Her Story" betitelten Serie. Indigene Frauen erzählen in dieser Reihe "ihre Geschichte". In "Her Story 6" ist unter anderem über die Adivasi-Frau Elina Horo aus dem Bundesstaat Jharkhand zu lesen. Hier einige Auszüge.



Elina Horo (2013). Foto: Adivasi-Koordination

"Elina Horo zeigt eine bemerkenswerte und scharfsinnige Selbst-Reflektion, wenn sie über ihren Weg als Aktivistin und Verfechterin der Rechte indigener Frauen befragt wird: 'Ja, meine gegenwärtige Arbeit als Aktivistin ist bewusst gewählt und nicht zufällig! Die passende Anwaltschaft ist ein notwendiges Instrument für sozialen Wandel. Als ich mir der mir zugefügten Ungerechtigkeit oder Diskriminierung auf persönlicher Ebene bewusst wurde, regte es mich dazu an, gemeinsam mit anderen Frauen nach Lösungen zu suchen. Ich erkannte, dass es nicht nur um mich ging, sondern um einen größeren Zusammenhang, wenn man sieht und erkennt, wie indigene Frauen behandelt werden und mit verschiedenen Formen von Diskriminierung konfrontiert werden - in Familien, Gemeinschaften, im öffentlichen Raum, in der Arbeitswelt, in den Bewegungen, in den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen, innerhalb verschiedener Institutionen und so weiter. Da hat mich aufgewühlt und wütend gemacht.'"

"Für Elina, die der Gemeinschaft der Munda aus Jharkhand (Zentralindien) angehört, bedeuteten die patrilinearen Praktiken [Vererbung ausschließlich von Vätern an Söhne] innerhalb ihrer Gemeinschaft, dass sie Ungleichheiten und Vorurteilen aufgrund ihres Geschlechtes ausgesetzt war, was dazu führte, daß sie die gegenwärtige Situation in Frage stellte. Die Munda-Gemeinschaft besteht aus 22 Clans (Familienverbände), in denen überwiegend Clan-Exogamie [es darf nur jemand außerhalb des eigenen Clans geheiratet werden] und Stammes-Endogamie [es darf nur jemand, der ebenfalls der Munda-Gemeinschaft angehört, geheiratet werden] herrscht. Ihre Sozialstruktur ist patrilinear, aber Frauen haben das Recht auf Zugang zu Land erhalten, das heißt, bis sie verheiratet sind oder zu einem anderen Clan gehen. Das bedeutet, dass sie weder Eigentum an Land noch Erbrechte daran haben. Und wie die meisten Systeme, welche die Kluft zwischen den Geschlechtern aufrechterhalten, selbst wenn sowohl Frauen als auch Männer sich an der gesamten Hausarbeit beteiligen, haben Frauen im Allgemeinen mehr Verantwortung mit zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Fortpflanzung neben den anderen soziokulturellen und landwirtschaftlichen Arbeiten."

Elina sagt: "Als indigene Frau musste ich mich verschiedenen Herausforderungen stellen. Gesellschaftlich und kulturell wurden unsere Identität und Persönlichkeit von nicht-indigenen Menschen oder den dominanten Klassen weniger geschätzt und respektiert, und sie nutzen unsere Persönlichkeit aus. Basierend auf unserer Hautfarbe, unserem Aussehen und unseren Einstellungen, die sich von denen der Mehrheit unterscheiden, werden wir nicht akzeptiert. Ich wurde viele Male beschämt, aber unsere Höflichkeit oder Bescheidenheit und der Respekt vor anderen Menschen wurden als Schwäche oder Zeichen von Minderwertigkeit gesehen."

<https://aippnet.org/wp-content/uploads/2022/03/HERSTORY6-compressed-08Mar2022.pdf> Veröffentlicht zum Internationalen Frauentag am 8. März 2022

Der historische Beitrag indigener Gemeinschaften zum Klimaschutz

"Ironischerweise wird der historische Beitrag von Stammes-Gemeinschaften zur Kohlenstoffbindung durch ihren sorgsamem Umgang mit Wald und Land, zugleich dadurch, daß sie den kleinsten CO2-Fußabdruck haben und so zur Klimakrise am wenigsten beitragen, weder sichtbar gemacht noch anerkannt noch berücksichtigt."

Nationally Determined Contributions in Asia: Are Governments recognizing the rights, roles and contributions of Indigenous Peoples? Country Reports from Bangladesh, India and Nepal. Herausgegeben von Asia Indigenous Peoples Pact (AIPP), Chiang Mai (Thailand) und Forest Peoples Programme (FPP), Moreton-in-Marsh (England), April 2022, Seite 22

Kostenloser Download der Publikation:

www.aippnet.org - www.forestpeoples.org

Adivasi-Rundbrief Nr. 83, März 2023

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Bank, IBAN DE 60 5206 0410 0004 0037 64 BIC GENODEF1EK1. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch Evangelische Mission Weltweit (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de